

# Die Evaluierung des Osteuropa-Instituts

## Auszüge aus Gutachten und Stellungnahmen der Jahre 2000–2002

Im folgenden finden Sie Auszüge aus Papieren, die in den vergangenen zwei Jahren im Zusammenhang mit dem Nachdenken über Regionalstudien im Allgemeinen und der Begutachtung des OEI im Besondern verfasst wurden. Es handelt sich um das Gutachten des Wissenschaftsrates vom Mai 2000, um eine Stellungnahme des OEI vom August 2000, um den Bericht der Expertenkommission für die Berliner Regionalinstitute vom Juli 2001 sowie um den vorerst abschließenden Beschluss des akademischen Senats der FUB vom Februar diesen Jahres. Diese Dokumente liefern den Hintergrund der Entwicklung, die das OEI jetzt eingeleitet hat und die im zweiten Teil dieses BOI dokumentiert ist.

### TEIL 1: Auszug aus dem Gutachten des Wissenschaftsrates vom 12.5.2000, S. 100–108

(...)

#### (4) Regionalwissenschaftliche Institute

##### Stellungnahme

Zu den auffälligen Charakteristika der Berliner Geisteswissenschaften zählt eine starke Orientierung an regionalwissenschaftlichen Gesichtspunkten, die sich zum einen in einer Vielzahl „Kleiner Fächer“, zum anderen in der Existenz sogenannter Regionalwissenschaftlicher Institute niederschlägt.

Der Wissenschaftsrat spricht sich in der vorliegenden Stellungnahme zu den Strukturplänen der Berliner Hochschulen verschiedentlich für die Einrichtung von „Zentren“ aus; dabei sollen vorhandene Forschungspotentiale zusammengeführt und optimaler genutzt werden. Im Fall der Regionalwissenschaftlichen Institute, die überwiegend als „Zentral-Institute“ herausgehobener Bestandteil der Fachbereichs- und Fakultäts-Struktur sind, an der Freien Universität: Osteuropa-Institut (gegründet im Jahr 1951), John-F.-Kennedy-Institut (1963) und Lateinamerika-Institut (1970),

an der Humboldt-Universität: Großbritannien-Zentrum (1995), stellen sich die hochschul- und wissenschaftspolitischen Sachverhalte allerdings schwieriger dar.<sup>1</sup> Vordergründig betrachtet weisen die Regionalwissenschaftlichen Institute – bei allen Unterschieden – eine Reihe von Merkmalen auf, die sie als „innovative“ hochschulpolitische Konstruktionen zu qualifizieren scheinen: Sie sind schon dem Gegenstand nach international ausgerichtet und mit der Etablierung philologischer, historischer sowie rechts-, wirtschafts- und sozialwissenschaftlicher Arbeitsgebiete und Professuren interdisziplinär strukturiert. Die Institute bieten regionale und überregionale Kooperationsmöglichkeiten (hochschulintern zum Beispiel durch Doppelmitgliedschaften) und bieten (Aufbau-)Studiengänge und in Einzelfällen bereits BA- und MA-Studiengänge an.

Nach Auffassung des Wissenschaftsrates sprechen unter systematischen Gesichtspunkten jedoch auch wichtige Gründe gegen eine intensive Förderung bestehender und gegen die Einrichtung weiterer Regionalwissenschaftlicher Institute. Die Gründe für die Einrichtung Regionalwissenschaftlicher Institute waren sehr unterschiedlich. Neben politischen Überlegungen spielten bestimmte Wissenschaftskonzepte eine Rolle. Kaum zufällig gehen die Initiativen zu entsprechenden Instituten oder Studiengängen häufig von philologischen Fächern aus. Eine Erklärung dafür findet sich in der Tatsache, dass die nach wie vor übliche nationalphilologische Gliederung der Sprach- und Literaturwissenschaften, anders als im 19. Jahrhundert, ihre theoretische Legitimation eingebüßt hat. Regionalwissenschaftliche

Organisationsformen erscheinen insofern als ein eher pragmatisch begründetes Substitut für die verlorengegangene Begründbarkeit einer Nationalphilologie.

Der Wissenschaftsrat hält – in Übereinstimmung mit den Auffassungen der Berliner Universitäten<sup>2</sup> – eine dominant regionalwissenschaftliche Ausrichtung als Prinzip für die Organisation von Forschung und Lehre für problematisch. Die Bedenken gegenüber einem solchen Konzept entstehen aus einer unvermeidlichen Entfernung von fachsystematischen Kriterien. Organisationsprinzipien von Wissenschaft – vor allem in Ausbildungszusammenhängen – müssen sich an disziplinären Gesichtspunkten orientieren; die Kategorie „Raum“ oder „Region“ steht indes in keiner Beziehung zu wissenschaftlichen Disziplinen, Methoden oder zur Theoriebildung der betroffenen Fächer. Eine Region bietet letztlich nur kontingente Zusammenhänge von Gegenständen wissenschaftlicher Untersuchung, deren fachsystematische Beziehungen unscharf bleiben. Eine Orientierung an Räumen oder Regionen ist zudem ungeeignet für den Aufbau eines grundständigen Studienangebots. Als eine – wie von den Fachvertretern der Berliner Universitäten allerdings favorisiert – generelle Ausbauperspektive, die mit fast geographischer Präzision möglichst jeden Raum erfassen möchte, erscheint eine regionalwissenschaftliche Organisationsform für die Philologien und weitere Fachgebiete deshalb als außerordentlich bedenklich. Anders stellt sich die Situation bei den Fächern dar, die außereuropäische Kulturgrößenräume wie Ost- und Mittelasien oder Süd- und Südostasien zum Gegenstand haben. Hier ist die Differenzierung in verschiedene Fächer nicht mit der auf Europa oder Amerika bezogenen Disziplinen zu vergleichen; sprachwissenschaftliche, philologische, historische, kulturgeschichtliche und gegenwartsorientierte Arbeiten sind in diesen Fächern so eng verknüpft, dass die traditionelle Orientierung auf einen Kulturgrößenraum auch weiterhin sinnvoll erscheint.

Die im Vergleich zu anderen Universitätsstandorten auffällig zahlreichen Regionalwissenschaftlichen Institute in Berlin unterscheiden sich nach Konzeption und Aufgabenstellung wesentlich voneinander. Historisch betrachtet, stehen den drei traditionellen Instituten der FU (John F. Kennedy-Institut, Lateinamerika-Institut, Osteuropa-Institut) die neubegründeten Institute an der HU (Großbritannien-Zentrum, Nordeuropa-Institut) sowie an der TU (Frankreich-Zentrum) gegenüber.

Die Existenz des Osteuropa-Instituts und des John-F.-Kennedy-Instituts an der FU belegen die Abhängigkeit der Förderung entsprechender Regionalforschung und -lehre von je aktuellen politischen Bedingungen. Die Einrichtung beider Institute war unverkennbar geprägt von der politischen Lage Berlins nach 1945; die Veränderungen seit 1989 wirken sich deshalb auch – allerdings in unterschiedlicher Weise – auf sie aus.

Die Landeshochschulstrukturkommission hat sich bereits im Jahr 1992 für die Schließung des Osteuropa-Instituts ausgesprochen. Es sei kein neues wissenschaftliches Konzept erkennbar, das Institut habe nicht rechtzeitig und nicht genügend auf den Strukturwandel in Osteuropa reagiert.<sup>3</sup> Zusätzliche Schwierigkeiten für das Osteuropa-Institut ergeben sich aus heutiger Sicht durch seine Ansiedlung an der FU. Da die Slawistik der FU seit 1990 im Hinblick auf die Existenz einer großen Slawistik an der HU erheblich reduziert worden ist und nach Auskunft der Universität weitgehend auf Serviceleistungen für andere Fächer beschränkt sein soll, ist die exklusive Unterbringung des Osteuropa-Instituts an der FU problematisch.

Sehr viel weniger von den Veränderungen seit 1989 tangiert ist das John-F.-Kennedy-Institut. Die internationale Geltung dieses Instituts durch seine anerkannten Leistungen in Forschung und Lehre, nicht zuletzt die sehr gut ausgestattete Bibliothek, die einen maßgeblichen Bestandteil der Institution bildet, machen das Kennedy-Institut zu einer Einrichtung von besonderem Rang. Hier scheint sich das Konzept eines Regionalwissenschaftlichen Instituts bewährt zu haben. Dem Kennedy-Institut in Konzeption und Aufgabenstellung vergleichbar ist das Lateinamerika-Institut, auch wenn es nicht zu einer gleichen Wirkung gelangt ist.

Die Begründung einer regionalwissenschaftlichen Forschung für Nordeuropa über den Bereich der skandinavischsprachigen Länder hinaus ergibt sich aus der Entstehung eines neuen geopolitischen Raumes durch die Desintegration der Sowjetunion und ihrer Einflusssphäre. So gehören nun zweifelsohne Finnland, die baltischen Staaten aber auch Nordrussland zu einem solchen Raum „Nord-Europa“. Die Konzeption des neu gegründeten Nordeuropa-Instituts entspricht fachsystematisch sehr weitgehend der kulturwissenschaftlichen Ausrichtung, die generell für die geisteswissenschaftlichen Fächer an der HU kennzeichnend ist. Dieses Konzept scheint für die Erkundung eines sich neu formierenden und (im Hinblick auf die *longue durée* europäischer Geschichte) wieder zutage tretenden geopolitischen Raums vielversprechend zu sein. Die Einrichtung des Nordeuropa-Instituts stellt insofern eine auch wissenschaftssystematisch gelungene Verbindung zwischen dem für die HU generell kennzeichnenden kulturwissenschaftlichen Profil und den aus den geopolitischen Veränderungen seit 1989 erwachsenen Interessen dar. Das Nordeuropa-Institut erscheint nicht zuletzt als ein geglücktes Ergebnis der Integration des Fachs Skandinavistik der FU in die HU.

Sehr viel mehr Skepsis ruft demgegenüber das Großbritannien-Zentrum der Humboldt-Universität hervor. Seinem klaren fachsystematischen Profil stehen Fragen gegenüber, die aus der Rolle dieses Instituts innerhalb der HU entstehen. Im besonderen stellt sich die Frage nach dem Verhältnis zur Anglistik der HU am betreffenden Fachbereich. Auch dieses Fach ist von hinreichender Größe und entspricht in seiner Ausstattung derjenigen des Fachs Anglistik in anderen Universitäten vergleichbarer Größe. Die solchermaßen entstehende „Doppelexistenz“ des Fachs Anglistik wirft nicht nur wirtschaftliche Fragen auf. Ebenso wäre eine konzeptionelle Klärung des Verhältnisses zwischen beiden Einrichtungen notwendig. Sollte etwa eine eher philologisch ausgerichtete Anglistik außerhalb des Zentrum einer eher kulturwissenschaftlich ausgerichteten Anglistik innerhalb des Zentrums gegenüberstehen? Dann ergeben sich jedoch weiterführende Fragen nach dem Verhältnis dieser Anglistik zu derjenigen an der FU, gilt doch das Nebeneinander von historisch-ästhetisch und kulturwissenschaftlich ausgerichteten Philologien gerade als die *differentia specifica* dieser Fächer im Verhältnis zwischen FU und HU. So überzeugend die fachsystematische Konzeption des Großbritannien-Zentrums erscheint, so problematisch erweist

sich zum anderen deren Realisierung innerhalb des existenten Fächerverbands der HU.

Nicht zuletzt bedingt durch die Situierung an der Technischen Universität weicht das dortige Frankreich-Zentrum von der Konzeption entsprechender Regionalinstitute an anderen Berliner Universitäten deutlich ab. Diese Besonderheit erklärt sich zugleich aus dem Wechsel der Konzeption, den dieses Institut im Laufe seiner Entwicklung erfuhr. Die Veränderungen führten zur Preisgabe des einst vorgesehenen Profils. Dies kommt an der Ausgrenzung der Romanistik aus dem Fächerverbund des Zentrums zum Vorschein, welche zunächst als Kern-Disziplin vorgesehen war. Die Eigentümlichkeit des Frankreich-Zentrums besteht zur Zeit in einer auffälligen Aufgabendoppelung. Zum einen findet Forschung und Lehre zu Frankreichbezogenen Gegenständen statt (wobei Philosophie und Geschichte eine besondere Bedeutung zufällt), zum anderen dient das Zentrum der Bildung von deutsch-französischen Forschungsgruppen in den unterschiedlichsten Disziplinen. Diese Kombination sehr heterogener Vorhaben lässt kaum die Herausbildung einer konzeptionell geschlossenen Einrichtung erwarten. So sinnvoll die zweite Aufgabe innerhalb der TU erscheint, so fraglich ist es, ob es zu diesem Zweck eines „Frankreich-Zentrums“ bedarf, das nach dem Vorbild anderer Berliner regionalwissenschaftlicher Institute angelegt ist. Die Frage nach dem Sinn des Ausbaus dieses Zentrums steht zugleich im Zusammenhang mit der generellen Frage nach dem Status der Geisteswissenschaften an der Technischen Universität. Ein mit den anderen Regionalinstituten vergleichbares Frankreich-Zentrum wäre vermutlich an der Freien Universität besser angesiedelt als an der TU.

### Empfehlungen

Der Wissenschaftsrat rät mit Nachdruck von der Gründung weiterer „Regionalwissenschaftlicher Institute“ herkömmlichen Stils ab. Die Förderung bestehender oder im Aufbau befindlicher Institute dieser Art, nämlich als Organisationsform für die Verbindung verschiedener Disziplinen mit einem gemeinsamen geographischen Bezugspunkt, ist nur gerechtfertigt, wenn sie auf einer schlüssigen Konzeption für Forschung und Lehre beruhen, nachweislich herausragende Leistungen in der Forschung erbringen, insbesondere in der gewählten Verbindung von einzelnen Disziplinen einen deutlich erkennbaren wissenschaftlichen „Mehrwert“ erzeugen und dabei entsprechend ihrer Binnenstruktur erfolgreich interdisziplinär arbeiten, bedarfsgerechte Studienangebote vorhalten, in ihren Partnerländern auf hohe wissenschaftliche Akzeptanz stoßen, auf diese Weise als ein herausragender und international anerkannter universitärer Schwerpunkt zur Profilbildung beitragen.

Diese Kriterien werden von den einzelnen Instituten bisher in unterschiedlichem Maße erfüllt. Der Wissenschaftsrat nahm bei der Begutachtung der Strukturpläne keine eingehende fachliche Bewertung der Regionalwissenschaftlichen Institute vor. Er hält jedoch eine eingehende Begutachtung sämtlicher Einrichtungen durch auswärtige Wissenschaftler unter Berücksichtigung der oben genannten Kriterien für erforderlich; sie sollte innerhalb eines Jahres abgeschlossen sein. Eine weitere Förderung kommt dann nur bei einem eindeutig positiven Votum in Betracht.

Der Wissenschaftsrat empfiehlt darüber hinaus, sämtliche Regionalwissenschaftlichen Institute und solche, die auf disziplinären Verbindungen (mit einem Raumbezug) beruhen, nur noch befristet einzurichten. Begutachtungen sollten regelmäßig in Abständen von sechs bis acht Jahren wiederholt werden.

## TEIL 2: Positionspapier des Osteuropa-Instituts zur Vorbereitung der vom Wissenschaftsrat empfohlenen Evaluierung der Regionaleinrichtungen an den Berliner Universitäten (August 2000; Auszüge)

### Ausgangssituation

Das Osteuropa-Institut (OEI) wurde 1951 gegründet. Es war im Laufe seiner Existenz wechselnden politischen Konjunkturen ausgesetzt, ohne sich von diesen Vereinnahmungen zu lassen. Aufgabe war stets die Beschäftigung mit und die Information über einen Großraum, der unabhängig von politischen Gegnerschaften und Allianzen für Deutschland von größter Bedeutung war und ist. Hinsichtlich Ost- und Südosteuropa bestehen nach wie vor gewaltige Informationsdefizite. Unbewältigte Kapitel gemeinsamer (deutsch-osteuropäischer) Vergangenheit, Unterschiede in den Entwicklungspfaden (westlich: nicht-westlich), das Erbe des Realsozialismus, sprachlich/kulturelle „Barrieren“ sowie differente kulturelle Wahrnehmungsmuster erschweren das Verständnis des östlichen Europa und stehen in einem Missverhältnis zu den Erfordernissen nachbarschaftlicher Nähe und europäischer Integration. Die wechselnden politischen Großwetterlagen und die Umbrüche von 1989–91 haben an dieser Ausgangssituation nichts geändert.

Wesentliche, seit zehn Jahren neue Rahmenbedingungen von *area studies* sind vor allem bestimmt durch das Ende des Ost-West-Konflikts, die Globalisierung der Kapital- und Informationsströme sowie die Entterritorialisierung von Politik und Ökonomie. Räume lassen sich weniger als früher konstant halten. Ihre Grenzen variieren je nach Funktion und Aufgabe. Zugleich gilt: Regionale Expertise in Forschung, Lehre und für gesellschaftliche Deutungen wird nicht obsolet. Globalisierung führt nicht (nur) zur Homogenisierung. In vielen Fällen wird auf weltweite Kapital- und Menschenströme, auf Kommunikations- und Unterhaltungsflüsse mit Abwehr oder Indigenisierung reagiert. Fragmentierung folgt oft auf Integrationsdruck. Zudem ist Globalisierung kein Ort für Identitätsbildung. Gemeinschaftliche Identitäten sind nach wie vor kultur- und raumgebundene Konstrukte. Das (Spannungs-) Verhältnis zwischen Globalisierung und Regionalisierung, zwischen Universalismus und eingrenzenden nationalen/post-nationalen Identitäten stellt für Öffentlichkeit, Politik, Kultur und Wissenschaft der kommenden Jahrzehnte eine neue Herausforderung dar. Insofern wird die analytische Durchdringung kultureller und geografischer Großräume und ihrer relativen Positionierung im Weltsystem wichtiger. Das gilt auch für Osteuropa.

Das vielfältig binnendifferenzierte, postsozialistische Osteuropa ist nicht der „Westen“. Einige Länder sind dem „Westen“ nahe gerückt, andere befinden sich noch auf Distanz. Die Osterweiterung der EU – das große Projekt der kommenden Jahre und Jahrzehnte – lässt neue Nachbarschaften entstehen. Die Außengrenzen der EU verschieben sich nach Osten und Südosten. Nicht nur die künftigen neuen EU-Mitglieder, sondern auch diejenigen Staaten des östlichen Osteuropa und des Balkans, deren Mitgliedschaft offen ist, rücken näher an „Europa“ heran und werden zu Nachbarn. Diese Koordinatenverschiebung gehört zu den spannendsten Prozessen zu Beginn des 21. Jahrhunderts.

Ohne Kenntnis der jeweiligen Strukturen und Akteure, des Verbindenden und Trennenden, der Differenzierungs-, Diffusions- und Transferprozesse bleiben sowohl das „gemeinsame Haus Europa“ wie die transnationalen Integrationsprozesse eine Chimäre.

Die politische und gesellschaftliche Nachfrage nach Hintergrundinformationen und Beratung ist seit 1989 rapid gestiegen und hält unvermindert an. International befinden sich Angebote zu „East European Studies“ im Aufwind. Die hohe, wenn auch Konjunkturen ausgesetzte Präsenz Osteuropas (vor allem Russlands und der Balkanregion) in den Medien sorgt für eine starke Nachfrage nach Deutungskompetenz. Langfristige Projekte wie die Osterweiterung der EU, die sicherheitspolitische Einbindung der Nachfolgestaaten der Sowjetunion oder der „Stabilitätspakt für Südosteuropa“ stimulieren die Nachfrage. Sie zu befriedigen, erfordert eine spezifische Kompetenz. Deren Bereitstellung erfordert ein entsprechendes institutionelles Arrangement.

Die Beschäftigung mit den Nachbarn im Osten setzt eine ausreichend große kritische Masse an wissenschaftlichen Ressourcen für kalkulierbare Zeiträume voraus. Zwar kann eine institutionelle Verankerung von Regionalforschung nicht allein wissenschaftlich begründet werden. Eine Osteuropawissenschaft existiert nicht. Hinzu kommt, dass der interdisziplinäre Mehrwert oft hinter den Erwartungen zurückbleibt und dass disziplinenübergreifende Kooperation auch über Fachbereichs- und Universitätsgrenzen hinweg erfolgen kann. Das Bild ändert sich jedoch, wenn zwei weitere Kernaufgaben von Wissenschaften – und somit auch der auf Großräume bezogenen Wissenschaften – in den Blick genommen werden: Ausbildungsangebote und das Vorhalten von Deutungskompetenzen. Eine kontinuierliche Organisation und Bedienung von regionalbezogener Ausbildung für Graduierte und Postgraduierte bedarf eines institutionellen Kerns. Auch die Beratungsnachfrage der Medien, der Wirtschaft sowie der regionalen und föderalen Politik kann von einer Institution mit bekanntem und klarem Profil wesentlich besser bedient werden als von einzelnen Lehrstühlen. Schließlich ergeben sich über die institutionelle Zusammenführung verschiedener Fächer in einem Institut und die dort erprobten neuen Fragestellungen und Forschungsansätze auch neue Herausforderungen und Impulse für die Methoden- und Theoriebildung in den beteiligten Fachdisziplinen. Dies macht ein Regional-Institut auch für die Fachbereiche attraktiv.

Berlin mit seiner von der Bundes- und Landespolitik reklamierten besonderen Ost-West-Kompetenz ist der ideale Standort für ein Osteuropa-Institut. Das OEI besitzt eine über Jahre hinweg gewachsene hochwertige wissenschaftliche Infrastruktur (Bibliothek, Dokumentationszentrum, EDV-Vernetzung). Es ist als Forschungsstätte weit über den Rahmen Berlins hinaus attraktiv und nach wie vor die einzige universitäre Einrichtung dieser Art in Deutschland. Zu seinen Merkmalen gehören:

- die Verbindung von Lehre und Forschung,
- die Verbindung von sozial- und kulturwissenschaftlichen Fächern,
- der Gegenwartsbezug unter Berücksichtigung der historischen *longue durée*,
- die Komparatistik.

(...)

Während der bisherigen Evaluationsprozesse hat sich der ursprünglich überdimensionierte Personalbestand des OEI minimiert. 1992 war er auf dreizehn (von vormals über zwanzig) Professuren geschrumpft. Am Ende des Sommersemesters 2000 sind von den im Strukturplan der EPK vorgesehenen sechs noch zwei Professuren besetzt.

Dieser Unterbesetzung steht eine seit Jahren steigende Nachfrage der Studierenden gegenüber. Aufgrund eines FU-internen NC wurden in den letzten Semestern von je rd. 100 BewerberInnen nur 30 für „Osteuropastudien“ (davon 19 im Hauptfach) zugelassen. Die studentische Nachfrage beruht auf dem gewachsenen

Interesse an Osteuropa und seinen Teilräumen, das nicht primär philologisch, sondern kultur- und sozialwissenschaftlich orientiert ist. Absolventen der „Osteuropastudien“ haben i.d.R. gute Berufschancen (in den Medien, internationalen Organisationen, NGOs, Wirtschaftsunternehmen etc.).

(...)

Die Lehrangebote der OEI-Hochschullehrer sind zugleich integrale Bestandteile der Angebote ihrer Fachbereiche, denen sie angehören. Die Zahl der Studierenden an den jeweiligen Fachbereichen, die das Lehrangebot am OEI fallweise wahrnehmen, ist statistisch nicht erfasst. Im Durchschnitt sind schätzungsweise 50% der Teilnehmer an Lehrveranstaltungen des OEI an den jeweiligen Fachbereichen immatrikuliert.

Die widersprüchlichen Empfehlungen (LHSK, OEI-Gutachterkommission, EPK, WR) und der rasante Personalabbau zwangen zu fortgesetzter Improvisation und führten zu Verunsicherungen bei Studierenden und Beschäftigten. Die jetzige Empfehlung des WR zu einer eingehenden Begutachtung wird daher nachdrücklich begrüßt. Sie eröffnet Perspektiven für ein Überdenken der Konzepte und einen Neuanfang mit Planungssicherheit.

### Grundzüge und Zielvorstellungen der Umstrukturierung

Das OEI bereitet eine umfassende Neukonzeption für sein wissenschaftliches, ausbildendes und beratendes Profil vor. Das neue Konzept soll ab WS 2000/2001 umgesetzt werden. Die Elemente dieser Reformen haben den Charakter einer Neustrukturierung, die die Veränderungen von Anfang der 90er Jahre weiterführt.

Aufgaben des Instituts sind:

- Grundlagenforschung,
- Ausbildung,
- Kulturdialog,
- Politikberatung und Medienarbeit.

Es fungiert ferner als

- Begegnungsstätte für Graduierte und Gastwissenschaftler aus Ost und West (für DAAD- und Humboldt-Stipendiaten sowie TeilnehmerInnen an Austauschprogrammen) zur Förderung transkultureller Kommunikationsstrukturen und zur Verknüpfung „westlicher“ mit nicht-westlichen Forschungstraditionen sowie zum Aufbau von
- Netzwerken, die Osteuropa einschließen und fallweise über Osteuropa hinausweisen (mit Ausweitungen nach Mitteleuropa, Nordeuropa, Zentralasien, Vorderen Orient) oder mit – je nach Themenstellung – wechselnden regionalen Bezügen (z.B. Transformationsprozesse in Südeuropa, Osteuropa, Lateinamerika; Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen in nicht-westlichen Gesellschaften, Vergleich ethnischer Konflikte, Verlagerungen von Zentren und Peripherien etc.).

(...)

Im Zentrum der gemeinsamen Arbeit stehen die Schnittstellen von Politik, Wirtschaft, Recht, Gesellschaft sowie historisch gewachsenen Identitäts- und Kulturmustern. Dies entspricht dem im Strukturplan vorgesehenen Ausstattung mit sechs Eckprofessuren. Die Fokussierung auf einen Großraum dient dabei als heuristisches Prinzip. Sie verfolgt nicht das Ziel der Ausgrenzung eines Raumes, sondern dient dem interkulturellen und interdisziplinären Verständnis anderer Gesellschaften und unser selbst. Die VertreterInnen der jeweiligen Fächer verbinden die methodische und systematische Kompetenz ihrer Disziplin mit den fächerübergreifenden Fragestellungen bei der Analyse eines konkreten Untersuchungsraums und wirken zugleich mit ihrer spezifischen regionalen Expertise anregend und bereichernd

auf ihre jeweiligen Fächer zurück. Dabei geht es um die Frage, ob und inwieweit die aus der Beschäftigung mit westlichen Gesellschaften abgeleiteten Erklärungsmodelle und Theorien in der Anwendung auf bzw. der Konfrontation mit osteuropäischen Gesellschaften verifiziert, falsifiziert oder modifiziert werden können oder müssen. Hier ruht ein bedeutendes innovatorisches Potential, das sowohl für die einzelnen Disziplinen wie für die regionale Schwerpunktbildung genutzt werden soll.

(...)

### Perspektiven der Zusammenarbeit

Die Aktivitäten des OEI sind auch als Kooperationsangebot an andere Hochschulen in Berlin und seinem Umfeld zu verstehen. Dies gilt vor allem für die HUB, die Viadrina in Frankfurt/Oder und die Universität Potsdam. Mit den FachvertreterInnen der genannten Hochschulen wurden bereits intensive Arbeitsgespräche geführt. Es zeichnet sich ein weitgehender Konsens über signifikante Intensivierungen der Kooperation ab. Die von den einzelnen Universitäten einzubringenden Lehrmodule lassen sich zu einem attraktiven, flexiblen und vielschichtigen Ausbildungsangebot kombinieren. Auf diese Weise könnte ein in Deutschland einzigartiger Lehr- und Forschungsverbund für das östliche Europa entstehen.

Das Kooperationsangebot bezieht sich darüber hinaus auf die einschlägigen Politikberatungseinrichtungen in Berlin, auf Wirtschaft und Wirtschaftsverbände, auf Medien, Interessenverbände, auf die Kulturinstitute der mittel- und osteuropäischen Länder sowie auf die Behörden der Landes- und Bundespolitik.

Das OEI wird ferner – gerade auch im Hinblick auf den geplanten M.A.-Studiengang – seine internationalen Kontakte und Kooperationen verstärken. In diesem Zusammenhang soll auf die Kontakte mit der Europäischen Universität St. Petersburg hingewiesen werden, an die das OEI von jetzt an mit Unterstützung des DAAD vier Studierende im Jahr entsenden kann. Auch im Rahmen des curricularen Teilprojekts des DAAD-Programms „Akademischer Neuaufbau Südosteuropa“ stehen für deutsche Graduierte Stipendien in den Jahren 2001–2003 zur Verfügung. Im Rahmen des SOKRATES-Programms besteht seit 1996 ein intensiver Studenten- und Dozentenaustausch mit dem Centre for Russian and East European Studies (CREES) der Universität Birmingham und dem Finnish Centre for Russian and East European Studies (FCREES) der Universität Helsinki. Darüber hinaus bestehen regelmäßige Kontakte zu den Universitäten Prag, Budapest, Cluj und Wroclaw.

Für eine Russian Academy in Berlin gibt es ein Rohkonzept. Die RA soll Fellows aus der FSU nach Berlin einladen und ihnen die Möglichkeit geben, Projekte in 6–12 Monaten in Zusammenarbeit mit Berliner Partnern zu realisieren. (...)

### Forschung

Die bestehenden Drittmittelprojekte, in denen wissenschaftliche Grundlagenforschung unter starker Einbeziehung Osteuropas betrieben wird, sollen fortgeführt und ausgebaut werden. Zu nennen sind die Projekte „Transformation und Globalisierung“, das „Zentrum für vergleichende Geschichte Europas“, „Ostforschung im Dritten Reich“, „Identitätswechsel im ehemaligen Jugoslawien“ (alle VW-Stiftung). Die Schnittstellen zu komparativen und übergreifenden Fragestellungen werden gestärkt. ...

Anwendungsbezogene Forschung mit Osteuropa-Bezug wird mit der Integration osteuropäischer Länder in die EU und dem Fortschritt der Transformationen immer wichtiger. Das betrifft vor allem die Rechts- und Wirtschafts- sowie die Sozialwissenschaft-

ten. Zu erwähnen sind die Projekte „Teaching International Relations Online“ (VW-Stiftung), Entwicklung eines historischen Universitätscurriculums im Rahmen des „Akademischen Neuaufbaus Südosteuropa“ (DAAD) sowie das neue interuniversitäre Zentrum für kroatisches Recht, europäisches Recht und Rechtsvergleichung, getragen vom OEI und der Universität Split (DAAD).

(...)

### Lehre

Das OEI entwickelt einen M.A.-Studiengang East European Studies. Eine zu diesem Zweck eingerichtete Steuerungsgruppe ist beauftragt, eine neue Studienordnung zu erarbeiten. Dazu werden auch internationale Erfahrungen ausgewertet (Pittsburgh, Helsinki, Birmingham, Warschau).

(...)

Die grundständige Ausbildung (undergraduate) wird künftig i.d.R. nach den Studienordnungen der Fachbereiche (d.h. fachdisziplinär) erfolgen. Der regional ausgerichtete M.A. soll auf B.A.-Abschlüssen aufsetzen. Für eine Übergangszeit werden auch erfolg reiche Zwischenprüfungen als Voraussetzung für den Einstieg in den M.A.-Studiengang anerkannt.

(...)

Das OEI entwickelt einen Fernstudiengang East European Studies. Schwerpunkte des Studiengangs sind die Bereiche Wirtschaft und Recht/Institutionen; Politik und Gesellschaft; Kultur und Geschichte. Der Fernstudiengang soll über das Land Berlin zum 1.1.2001 bei der BLK für Bildungsplanung und Forschungsförderung als Antrag zur Förderung auf drei Jahre eingereicht werden. Ein Ausgangskonzept wird beigelegt.

Am OEI werden verstärkt neue Medien für neue Lehr- und Lernformen eingesetzt. Schon jetzt werden einzelne Lehrveranstaltungen über web sites geführt. Ein neues, von der VW-Stiftung gefördertes Projekt entwickelt interaktive, internetgestützte Module für die Lehre. Ein hauseigener Webserver steht zur Verfügung. Ein helpdesk zur Unterstützung von Mitarbeiterinnen und Studierenden ist besetzt. Elektronische Arbeitsplätze für die Studierenden stehen in der OEI-Bibliothek zur Verfügung. Sie werden bis Oktober 2000 weiter ausgebaut. Die Konversion der Netz-Software auf Windows 2000 und der Büroanwendungen auf Office 2000 ist beschlossen und wird vorbereitet.

Die am OEI bereits seit längerem eingerichtete Praktikumsbörse zur Vermittlung von Auslandspraktika in Osteuropa für OEI-Studierende verfügt über einen sehr guten Ruf und kann eine erstklassige Bilanz vorlegen. Sie soll weiter entwickelt und ausgebaut werden und kann in der Perspektive Dienstleistungen auch für andere Berliner Hochschulen erbringen sowie von Frankfurt/Oder und Potsdam mit genutzt werden.

Im Zusammenhang mit der Umsetzung von Gleichstellungsmaßnahmen wie gender mainstreaming und Total E-Quality wird ein bereits bewilligtes Seminar zur Integration von Geschlechterforschung/gender studies ab WS 2000/ 2001 angeboten.

(...)

### Ressourcen und Außendarstellung

Die Bibliothek des OEI hat mit 370.000 Bänden in zahlreichen osteuropäischen Sprachen überregionale Bedeutung und genießt weit über die Stadt hinaus hohes Ansehen. Ihr Bestand ist zu sichern und der weitere, dem laufenden und künftigen Bedarf entsprechende Ausbau des Bestandes zu gewährleisten. Die rückwirkende Elektronisierung/ Digitalisierung der Bestandsnachweise

wird angestrebt und realisiert, wenn sich dafür eine Finanzierung (DFG oder privat) findet.

Das Dokumentationszentrum des OEI ist durch die Kooperation mit dem Fachinformationsverbund Internationale Beziehungen und Länderkunde (seit 1998) saniert. Es sollte in der Perspektive in Kooperation mit der neu zu schaffenden, integrierten Dokumentation des Fachbereichs Politik und Gesellschaft zukunftsfähig gemacht werden.

Die Informationsbasis am OEI wird kardinal verbreitert und künftig modernsten Ansprüchen entsprechen. Ein großer Londoner Informationsanbieter hat ein Paket-Angebot für elektronische Informationsträger und -dienste aus drei Kontinenten und für 34 Länder vorgelegt, das in Abstimmung mit dem Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften und dem LAI im OEI für den Bereich Osteuropa genutzt werden kann. (...)

Die am OEI geführte homepage erfüllt zahlreiche wesentliche Informationsfunktionen: Gliederung des Instituts, Übersicht über MitarbeiterInnen, Arbeitsprofile, Lehrangebote (KVV), Prüfungsordnungen, Handreichungen, publizierte Arbeitspapiere, die Hauszeitschrift BOI, u.a.

Die zweimal im Jahr erscheinende OEI-Zeitschrift „Berliner Osteuropa-Info“ (BOI) (mit einer Auflage zwischen 1500 und 2000 Ex.) bietet feste Rubriken sowie Themenschwerpunkte an. Sie dient der Information über Osteuropaaktivitäten und dem Erfahrungsaustausch. Die Zeitschrift ist auch auf der homepage zugänglich. Sie hat sich in den letzten Jahren zu einem wichtigen Informationsmedium und Diskussionsforum für Osteuropa-Fragen entwickelt.

### Beratung

Es gibt einen wachsenden, auf Osteuropa bezogenen Beratungsbedarf. Die Nachfrage der Medien nach Interpretationen des oft schwierigen Wandels in Osteuropa wird aktiv angenommen. Auch für die Beratung von politischen Entscheidungsträgern werden die sozialwissenschaftlichen Arbeitsbereiche des OEI immer mehr zuständig sein. Anders als bei anderen Beratungs-Einrichtungen sind am OEI durch die Verknüpfung mit Grundlagenforschung sehr gute Voraussetzungen gegeben.

(...) Bestehende und sehr erfolgreiche Projekte wie die Entwicklung eines Investitions-Leitfadens für Russland (mit dem Kooperationsbüro der Deutschen Wirtschaft) werden fortgesetzt.

In diesem Zusammenhang sollen auch neue Formen und Inhalte von Partnerschaften entwickelt werden. Sponsoring, Stiftungsformen und vor allem public-private-partnership-Modelle sind zu prüfen. Es gibt eine wachsende Nachfrage nach kompetenten und professionellen Deutungen zu den Vorgängen in Osteuropa. Überzeugende Forschungs- und Beratungsangebote, die sich auf Osteuropa beziehen, sind transdisziplinär, technikgestützt und konkurrenzfähig.

### Umsetzung

Die Mehrzahl der oben genannten Aktivitäten kann besser (in einzelnen Fällen ausschließlich) in einem organisatorischen Zusammenhang erfolgen. Ein solcher Zusammenhang wird das erneuerte OEI sein.

Das Nachdenken über die Institutionalisierung von area studies wird fortgesetzt. Seit Ende des Ost-West-Konflikts gibt es keine garantierte politische Begründung für Osteuropaforschung. Die mit dem Begriff Globalisierung erfassten Phänomene generieren wichtige Fragestellungen aus globaler und komparativer Perspektive.

Dennoch sind wir davon überzeugt, in Kürze zeigen zu können, dass die Konzentration fachlicher und regionaler Kompetenzen an einem Ort Synergieeffekte mit sich bringt. Die Ausbildung von Experten für viele osteuropabezogene Verwendungszusammenhänge – Journalismus, Politik, Krisenmanagement, Wirtschaft, Wissenschaft – kann effektiver in einem institutionellen Zusammenhang erfolgen. Der Begriff der Transdisziplinarität zeigt das an.

(...)

Die erfolgreiche Realisierung der vorgenannten Punkte hängt zum einen von der engagierten und konsequenten Eigenleistung des OEI ab. Zum anderen ist sie abhängig von der zügigen Zuweisung und qualifizierten Wiederbesetzung der zum Teil seit Jahren unbesetzten Professuren, die unmittelbar nach einer positiven Evaluierung erfolgen muss. Eine erfolgreiche Umsetzung der in diesem Papier dargelegten Reformelemente ist möglich; Voraussetzung dafür ist eine Personalausstattung, die Lehr-, Forschungs- und Beratungsleistungen in zentralen Bereichen sichert. Ein weiterer Aufschub qualifizierter und innovativer Besetzungen wird zum schleichenden Kollaps des OEI führen. Dem wäre ein zügig umgesetzter Abwicklungsbeschluss vorzuziehen.

Die OEI-interne Steuerungsgruppe, die die hier vorgelegte Neukonzeption in wenigen Wochen erarbeitet hat, hat sich als eine leistungsfähige Form informeller Selbstregulierung und Koordination erwiesen. Sie wird erhalten und tagt auch künftig regelmäßig. Ihre Vorlagen werden, wie auch bisher, dem IR des OEI zur Entscheidung vorgelegt.

Berlin, den 29.08.2000

### **TEIL 3: Auszug aus dem Gutachten der Expertenkommission vom Juli 2001, S. 8–13; S. 34–48**

#### **Ausgangsannahmen**

Der Wissenschaftsrat begegnet den Regionalinstituten mit prinzipieller Skepsis (siehe I/1.). Er macht „wichtige Gründe gegen eine intensive Förderung bestehender und gegen die Einrichtung weiterer Regionalwissenschaftlicher Institute“ geltend. Abgesehen davon, dass der Kommission nicht recht nachvollziehbar ist, warum die Geltung dieser Gründe bei der ausgesprochen positiven Beurteilung einiger der vom Wissenschaftsrat evaluierten Regionalinstitute außer Kraft gesetzt wird, kann die Kommission die prinzipielle Triftigkeit dieser Gründe nicht erkennen. Drei Einwände erscheinen gerechtfertigt.

Erstens: Die Kommission stimmt grundsätzlich zwar dem Postulat zu, dass „Organisationsprinzipien von Wissenschaft – vor allem in Ausbildungszusammenhängen – sich an disziplinären Gesichtspunkten orientieren“ sollten. Dies kann aber nicht heißen, dass deren Vermittlung in interdisziplinären Forschungs- und Lehrkontexten zu meiden sei. Im Gegenteil. Es gehört nach Ansicht der Kommission zu den Schwächen der deutschen Wissenschaft, dass eine in Fakultäten „versäulte“ Universität zu einer wechselseitigen Isolierung der Disziplinen und zu einer Überbetonung disziplinär eingeschränkter Gesichtspunkte neigt. Betont der Wissenschaftsrat in seinen „Thesen zur künftigen Entwicklung des Wissenschaftssystems in Deutschland“ (Köln 2000) selber die Notwendigkeit einer „Stärkung von Anwendungsorientierung und Praxisbezug“, so folgt schon daraus für die Disziplinen die Verpflichtung zu intensiverer Kooperation; denn die Praxis, auf die hin Wissenschaft anzuwenden wäre, sortiert sich selber in der Regel nicht nach disziplinären Gesichtspunkten. Auch der internationale Gegenstandsbereich der „Regionen“, auf

die sich die Praxis kultureller, politischer und ökonomischer Akteure im Fortschreiten von Globalisierungsprozessen zunehmend bezieht, kann nicht allein von einzelnen Disziplinen so begriffen werden, dass diese Akteure verständnis- und handlungsfähig werden.

Zweitens: In diesem Zusammenhang ist es irrig, anzunehmen, eine sich in „Räumen“ darstellende „Region“ böte „letztlich nur kontingente Zusammenhänge von Gegenständen wissenschaftlicher Untersuchung...“. Geschichte vollzieht sich in Räumen und Regionen und prägt – mehr oder weniger (das ist eine empirische Frage) – deren Strukturen. Dass die demographischen, ökonomischen, politischen und kulturellen Zusammenhänge, die sich in solchen Strukturen darstellen, weder „kontingent“, noch nach den disziplinenbezogenen Differenzierungsmustern der Wissenschaft organisiert und gegeneinander abgeschottet sind, gehört zu den Gegebenheiten, die einerseits eine regionenbezogene Forschung sinnvoll machen und dabei andererseits eine Disziplinenkooperation geradezu erzwingen.

Drittens: In seinen „Thesen zur künftigen Entwicklung des Wissenschaftssystems in Deutschland“ fordert der Wissenschaftsrat von den deutschen Hochschulen eine „Vertiefung der Internationalisierung“, dies mit einer doppelten Zweckbestimmung. Es ginge nicht nur darum, die Hochschulen für ausländische Studierende und Wissenschaftler attraktiver zu machen. Es sei vielmehr „eine besondere Aufgabe der Geistes- und Sozialwissenschaften“, eine „internationale Öffnung des Horizonts“ gerade der deutschen Studierenden und Wissenschaftler zu befördern. „Die Befähigung zur Bewältigung der alltäglichen Herausforderungen, denen sich Wissenschaftler und Hochschulabsolventen in zunehmend international und multikulturell geprägten Arbeitszusammenhängen gegenübersehen, muss mit einem vertieften Verständnis der eigenen und fremder Kulturen einhergehen. Sprachkenntnis ist nur ein erster, häufig an der Oberfläche bleibender Zugang“. Es ist der Kommission nicht verständlich, dass der Wissenschaftsrat fast gleichzeitig diese Postulate einerseits und eine weitgehende Verwerfung von Regionalinstituten andererseits dekretiert. Regionalinstitute sind doch mehr als alle anderen universitären Einrichtungen Institutionalisierungen von Internationalität über die Vermittlung von Fremdsprachen hinaus. Sie rekrutieren andere Disziplinen außerhalb der Philologien für die Erforschung „fremder“ Kontexte, sie ziehen – wenn sie einigermaßen funktionieren – aus den jeweiligen Regionen Gäste und mit ihnen deren Kompetenzen und Projekte an, sie vermitteln häufig nicht nur ihren Wissenschaftlern, sondern auch den Studierenden Erfahrungen in der Fremde. Regionalinstitute können einen substanziellen Beitrag zur Internationalisierung der Hochschulen leisten. Die Hochschulen können, wenn die disziplinären Voraussetzungen gegeben und die sonstigen Bedingungen (siehe unten) einlösbar erscheinen, Regionalinstitute zu einer Profilbildung entwickeln und pflegen, die vom Wissenschaftsrat immer wieder angemahnt worden ist. Gerade in der Hauptstadt Berlin, in der sich neben den zentralen Institutionen deutscher Politik und zahlreichen international operierenden Verbänden der deutschen Wirtschaft und Kultur in sehr großer Zahl ausländische Botschaften und internationale Organisationen und mit ihnen auch regionalwissenschaftlich nutzbare Angebote und Nachfragen versammeln, existieren dafür außerordentliche Chancen. Hier werden auch die Forumsfunktionen besonders wirksam, die Regionalinstitute mit ihrer Internationalität erfüllen können.

Diese zu nutzen, setzt allerdings voraus, dass in den Hochschulen mehrere Voraussetzungen gegeben sind oder geschaffen werden – und die Kommission ist sich durchaus bewusst, dass diese nicht einfach und, wenn überhaupt, natürlich nicht für alle „Regio-

nen“ dieser Welt herstellbar sind. Im folgenden Abschnitt sollen die Hauptbedingungen, die die Kommission mit der Entwicklung und Qualifizierung von Regionalinstituten verbindet, in allgemeiner Form expliziert werden. Die späteren Stellungnahmen zu den Instituten der Freien Universität und der Humboldt-Universität enthalten Einschätzungen darüber, ob und in welchem Maße diese Bedingungen vorliegen bzw. in welcher Weise sie herstellbar erscheinen. Der letzte Teil der Stellungnahme („Zusammenfassende Feststellungen und Empfehlungen“) nimmt einige der Bedingungen, sofern diese sich in den vorliegenden Fällen als besonders wichtig erweisen, auf und operationalisiert nach Gesichtspunkten der Dringlichkeit Möglichkeiten der Umsetzung für „area studies“ an Berliner Hochschulen.

(...)

### **Stellungnahme zum Osteuropa-Institut der Freien Universität (OEI)**

#### **Beschreibung**

Das OEI wurde als Zentralinstitut 1951 an der Freien Universität gegründet. Es hat weitgehend Rechte und Pflichten einer Fakultät. Für Promotionen und Habilitationen ist jedoch die jeweils fachlich zuständige Fakultät verantwortlich.

Das OEI erhebt prinzipiell den Anspruch, sich mit Forschung und Lehre auf ganz Osteuropa zu beziehen. Es gliedert sich in drei Arbeitsbereiche: Politik und Gesellschaft, Recht und Wirtschaft sowie Geschichte und Kultur. Die Institute für Slawische Philologie und Balkanologie sind seit 1995 dem Fachbereich Neuere Fremdsprachliche Philologie zugeordnet. Das OEI verfügt über eine gewachsene Infrastruktur, insbesondere über eine äußerst wertvolle Bibliothek (370.000 Bände) sowie ein Dokumentationszentrum im Aufbau.

Im Jahre 1990 gab es am OEI noch 24 Professuren. Eine von der FU eingesetzte externe Gutachterkommission empfahl 1992 die dauerhafte Einrichtung von 11 Professuren. Laut Strukturplanung sind dem Institut gegenwärtig nur noch sechs Professorenstellen zugewiesen. Diese sind folgenden Fächern zugeordnet: Slavistik, Geschichtswissenschaft, Politikwissenschaft, Wirtschaftswissenschaft, Soziologie und Rechtswissenschaft. Von den derzeit sechs Professorenstellen sind derzeit jedoch nur zwei besetzt (Geschichtswissenschaft und Politikwissenschaft). Vier Professorenstellen sind seit längerer Zeit vakant – ein außerordentlich misslicher Zustand für die Forschungs- und Studiensituation am OEI. Es lassen sich deshalb auch kaum instruktive Aussagen über Forschungsaktivitäten, Publikationen und Kooperationen am OEI machen. Entsprechend dringlich ist der Handlungsbedarf.

Die Hochschullehrer des OEI leisten in der Regel 75% ihrer Forschung und Lehre am Institut und 25% in den jeweiligen Fakultäten ihrer Mutterdisziplinen. Die Lehrangebote der Dozenten am OEI bilden einen integralen Bestandteil der Angebote der jeweiligen Fachbereiche. Im SoSe 2000 waren für „Osteuropastudien“ 292 Studierende immatrikuliert. „Osteuropastudien“ können nur als Teilstudiengang in Verbindung mit einem oder zwei monodisziplinären Fächern belegt werden. Schon jetzt werden Lehrveranstaltungen anderer Berliner, aber auch Brandenburger Universitäten anerkannt. Geplant ist ein Master-Studiengang „East European Studies“ sowie ein Fernstudiengang „Osteuropa“. Mit beachtlichem Erfolg haben Studierende, unterstützt vom OEI, eine „Praktikumsbörse“ organisiert.

#### **Bewertung**

Generelle Einschätzung: Der Wissenschaftsrat hat das Fehlen eines wissenschaftlichen Konzepts am OEI moniert. Die Kommission kann der Kritik im Prinzip folgen, berücksichtigt allerdings die Umstände, die durch die erhebliche Unterausstattung des OEI entstanden sind. Überfällig ist, dass das OEI sein spezifisches Forschungsprofil im Rahmen der veränderten Forschungslandschaft in Deutschland neu bestimmt. Dabei wären zum einen der besondere, seit 1990 für die Osteuropaforschung erheblich veränderte Standort Berlin, zum anderen aber auch der Umstand zu berücksichtigen, dass in den letzten Jahren außerhalb Berlins osteuropabezogene Forschungszentren neu entstanden bzw. neu ausgerichtet wurden. Es ist notwendig, Forschungs- und Lehraktivitäten zu den verschiedenen Regionen Osteuropas sowohl aufeinander abzustimmen als auch, wo möglich, zu bündeln. Die im Berliner Raum bestehende Dichte an Osteuropa-Kompetenz ist nach Auffassung der Kommission bislang nicht in genügendem Maße genutzt worden. Die erkennbaren Defizite sind vor allem Folge mangelhafter Koordination von Forschung und Lehre.

Das Berliner Profil der Osteuropaforschung kann nicht aus einem enzyklopädischen Anspruch abgeleitet werden. Auch im neu aufgebauten OEI können weder alle mit dem Begriff „Osteuropa“ bezeichneten geographischen Räume abgedeckt werden noch alle Institutionen und Personen, die einen darauf bezogenen Informationsanspruch erheben, mit Beratungswissen versorgt werden. Die eigenen Schwerpunkte müssen in einem fokussierten Programm entwickelt und ausgewiesen werden. Nur auf diese Weise wird dem Osteuropa-Institut ein spezifisches Profil und ein Charakter der Einzigartigkeit in der deutschen Universitätslandschaft zu vermitteln sein.

Dabei sollten jenseits der Lehre und auf der Grundlage eigener Forschungen Dienstleistungen für und Beratung von Politik, Medien und Wirtschaft gerade im Berliner Kontext durchaus eine gewisse Rolle spielen. Das OEI kann und sollte auch ein öffentliches Forum für den Austausch mit außeruniversitären Bezugsgruppen sein; dabei sollte auch die vorhandene Bibliothek und die noch auszubauende Dokumentation genutzt werden. Im Vordergrund aber steht die Fundierung von Forschung und eine daraus ableitbare Bewährung in der Lehre.

– Wissenschaft und Forschung: Inhaltlich erscheint der Kommission der vorgesehene Regelbestand von sechs Professuren am OEI angemessen, wenn darüber hinaus inner- und interuniversitäre Kooperationen ausgebaut werden. Die Verteilung der Professuren auf die Disziplinen Slawistik, Geschichtswissenschaft, Politikwissenschaft, Wirtschaftswissenschaft, Soziologie und Rechtswissenschaft kann für entsprechend ausgelegte Forschungsprogramme sinnvoll sein. Das OEI sollte aber seine Disziplinenzusammensetzung im Hinblick auf künftige Weiterentwicklungen seines Forschungsprogramms flexibel halten (dazu allgemein Teil IV). Neue, quer zu den traditionellen Fächern liegende Disziplinen wie Medienwissenschaften, Kulturgeographie u.ä. sollten als Profilierungsmöglichkeit in die Strukturüberlegungen einbezogen werden. Die im Institut nicht zu erbringenden, aber als notwendig angesehenen Forschungs- und Lehrleistungen aus diesen wie aus weiteren Disziplinen sollten importiert werden. Dies kann auf mehrerlei Weise erfolgen: erstens durch feste Kooperationsabsprachen mit einschlägig kompetenten Kollegen sowohl der Freien Universität als auch der Humboldt-Universität; letztere sollten über Vereinbarungen der Hochschulleitungen formalisiert werden – zweitens durch flexibel handhabbare Lehraufträge, die von sonstigen Spezialisten anderer Einrichtungen (auch zum Beispiel des Landes Branden-

burg) übernommen werden können – und drittens durch Gast- und Stiftungsprofessuren.

Im Hinblick auf die Profilierung seiner Forschung empfiehlt die Kommission, dass das OEI seine Forschung geographisch auf Länder der ehemaligen Sowjetunion, vor allem auf Russland, Weißrussland und die Ukraine konzentriert, nicht aber „die gesamte osteuropäische Großregion“ gleichberechtigt zum Gegenstand hat. Der Schwerpunkt von Forschung und Lehre sollte in der Gegenwart bzw. jüngeren und jüngsten Vergangenheit dieser Länder und ihrer Beziehungen liegen. Die veränderte Situation in den Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas verlangt heute spezifische Analysen der jeweiligen Länder und Länderzusammenhänge durch Vertreter verschiedener Fachdisziplinen. Ein Institut allein kann diesen gewachsenen Anforderungen nicht für den ganzen Raum gerecht werden.

Russland spielt in der Vergangenheit, in der Gegenwart und Zukunft eine zentrale Rolle in Europa und im politischen Weltgeschehen. In Deutschland existiert kein universitäres Russlandzentrum. In Berlin ist nicht nur der richtige Ort dafür, sondern es sind insgesamt auch die nötigen Kapazitäten vorhanden, dieses aufzubauen. Aus einer Reihe von Gründen ist es bis heute nicht gelungen, andere, heute selbständige Länder der ehemaligen Sowjetunion in angemessener Weise in Forschung und Lehre zu berücksichtigen, insbesondere die Ukraine und Weißrussland. Die gemeinsame Geschichte und kulturelle Nähe dieser drei Staaten sprechen dafür, dass sie in einem zentralen Institut vorrangig gemeinsam und vergleichend erforscht werden.

Die Entwicklung spezieller Forschungsprogramme müsste die räumliche und zeitliche Schwerpunktsetzung aufnehmen und weiter spezifizieren. In der Lehre, die vor allem vergleichend angelegt sein sollte, erscheint dagegen eine Ausweitung auf zusätzliche mittel-, ost- und südosteuropäische Räume machbar und wünschenswert.

– Lehre und Studium: Ein Lehrkonzept, das zu interdisziplinär konzipierten „Osteuropastudien“ am Osteuropa-Institut einen Magister- oder Master-Studiengang vorsieht, erscheint der Kommission sinnvoll unter der Voraussetzung, dass ein solcher Studiengang von Fakultäten verantwortet wird (vgl. dazu und zum folgenden Teil IV). Im Grundstudium sollte das interdisziplinäre Studium nur als Teilstudiengang oder in Modulen möglich sein. Den geplanten Aufbau eines Fernstudiengangs hält die Kommission für aussichtsreich.

Bislang erscheint die internationale Komponente bei der Lehre noch zu schwach ausgeprägt. Diese sollte sowohl auf der Ebene der Studierenden als auch bei den Dozenten mit Auslandsstudienaufenthalten, Austauschprogrammen, Gastprofessuren etc. gestärkt werden. Die von Studierenden erfolgreich betriebene „Praxisbörse“ sollte vom OEI anhaltend gefördert werden.

– Kooperations- und Organisationsfragen: Eine schwierige, aber auch reizvolle Herausforderung wird rund um das Osteuropa-Institut darin bestehen, die vielfältigen osteuropabezogenen Kapazitäten der Freien Universität und der Humboldt-Universität, aber auch der Universität Potsdam sowie anderer wissenschaftlicher Einrichtungen der Berlin-Brandenburgischen Region für gemeinsame Forschungen, aber auch für die regionalbezogenen Studiengänge des OEI zu nutzen. Welche rechtlich verbindlichen Formen für die erforderlichen Verbünde bestimmt werden können, will die Kommission nicht entscheiden, wohl aber betonen, dass die Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen des Berliner Raums dauerhafter Regelungen bedarf. Die Lehre muss natürlich hauptsächlich von den am OEI vertretenen Professoren geleistet werden, sollte aber durch die Professoren einschlägiger Fächer an

FU und HU ergänzt werden. Die praktische Ausbildung in slawischen Sprachen sollte nach Lage der Dinge nun zur Gänze an der HU verankert und mit dem OEI koordiniert sein.

Nur eine in hohem Maße flexible Organisationsstruktur kann die verschiedenen Bereiche, deren Kooperation wünschenswert ist, miteinander vermitteln. Die einschlägig kompetenten Akteure verschiedener Standorte und Institutionen sollten, so weit es notwendig und möglich erscheint, miteinander vernetzt werden. Doppelmitgliedschaften (in Fakultäten und OEI) – auch über Universitätsgrenzen hinweg – können dabei ebenso helfen wie eine Mittelverteilung, die den wünschenswerten Kooperationen angemessen ist. Als Teil eines umfassenderen Anreizsystems könnte die zu fördernde Einrichtung eines projektbezogenen Forschungsverbands in Erwägung gezogen werden, der auch die nahen Universitäten außerhalb Berlins einbeziehen sollte.

– Dringende Maßnahmen: Die durch Stillstand gekennzeichnete gegenwärtige Situation des OEI darf nach Meinung der Kommission nicht andauern. Die Kommission empfiehlt daher der FU und dem Senat von Berlin, zur Bearbeitung der dringendsten anstehenden Fragen ähnlich wie im Falle des Lateinamerika-Instituts (siehe II/2.) auch für das Osteuropa-Institut schnell eine Struktur- und Programmkommission zu berufen, die die Grundlinien der künftigen Forschungsplanung beraten und (in Teilen) gemeinsam mit den zuständigen Fakultäten an den demnächst anstehenden und zügig voranzutreibenden Berufungen mitwirken soll. Diese Kommission sollte von einem Vizepräsidenten der FU geleitet werden, um deutlich zu machen, daß Regionalinstitute in gesamtuniversitärer Verantwortung stehen. Nach Lage der Dinge müssen in dieser Kommission auswärtige Experten stark vertreten sein, darunter auch Mitglieder der HU. Die für ein Osteuropa-Institut wichtigsten Disziplinen sollten bei der Besetzung der Kommission repräsentiert sein. Ausschreibung und Besetzung der freiwerdenden Professuren sollten den neu bedachten Forschungsschwerpunkten entsprechen und möglichst im Rahmen einer „Paketlösung“ aufeinander bezogen ein. Die erste Evaluation des neuen Arbeitsprogramms sollte nach etwa drei Jahren durch auswärtige Wissenschaftler vorgenommen werden.

(...)

#### IV. Zusammenfassende Feststellungen und Empfehlungen

Auf Veranlassung des Wissenschaftsrats hat der Berliner Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur eine Expertenkommission gebeten, sechs Regionalinstitute, die an den drei Berliner Universitäten existieren, zu prüfen und Empfehlungen über deren Förderung und Entwicklung abzugeben. Der Auftrag bezog sich auf

das Frankreichzentrum der Technischen Universität,

das Großbritannien-Zentrum der Humboldt-Universität,

das Lateinamerika-Institut der Freien Universität,

das John F. Kennedy-Institut für Nordamerika-Studien der Freien Universität,

das Nordeuropa-Institut der Humboldt-Universität,

das Osteuropa-Institut der Freien Universität.

##### 1. Unterstützungsempfehlung

Bei der Untersuchung dieser Einrichtungen hat die Kommission einige eindrucksvolle Beispiele unternehmerischen Elans beim Aufbau und der Pflege international ausgreifender Netzwerke kennen gelernt, deren weitere Entwicklung auch im Sinne des vom Wissenschaftsrat formulierten Postulats zur „Vertiefung der



Internationalisierung“ deutscher Universitäten liegt (siehe „Thesen zur künftigen Entwicklung des Wissenschaftssystems in Deutschland“, Köln 2000). In Ansätzen sichtbar geworden sind auch die an deutschen Universitäten wenig geförderten Möglichkeiten interdisziplinärer Forschung, die über Regionalinstitute in besonderer Weise animiert und organisiert werden kann. Nicht zuletzt wurde ebenso deutlich, dass im Zuge allgemeiner Globalisierungstendenzen in bestimmten Berufsfeldern zunehmend Positionen entstehen, die von Regionalkompetenzen, welche an den Hochschulen vermittelt werden, profitieren können; eine entsprechende Nachfrage von Studierenden lässt sich deshalb dauerhaft erwarten.

Diese Beobachtungen veranlassen die Kommission, den Universitätsleitungen zu empfehlen, die mit allen genannten Einrichtungen verbundenen Ansätze einer Internationalisierung von Forschung und Lehre weiter zu fördern. Die Besonderheiten interdisziplinärer Forschung, die Regionalinstitute zu erbringen vermögen, können wesentlich zur Profilbildung der Berliner Universitäten beitragen.

Nicht in allen Fällen kann die Kommission allerdings für diese Einrichtungen die Beibehaltung oder Entwicklung regionalbezogener Studiengänge empfehlen. Solche Studiengänge setzen nämlich auch (und nicht zuletzt) in der Forschung eine Reihe von konzeptionellen und strukturellen Bedingungen voraus, die in Teilen dieser Stellungnahme genauer bestimmt wurden. In den meisten der genannten Institute oder Zentren sind diese Bedingungen bislang unzulänglich erfüllt; in einigen von ihnen lässt sich nach Auffassung der Kommission auch nicht erwarten, dass sie in absehbarer Zeit geschaffen werden können.

(...)

Im Falle des Frankreichzentrums erschienen der Kommission diese Bedingungen am wenigsten entwickelt bzw. entwickelbar zu sein (siehe Abschn. I/3. dieser Stellungnahme). Diese Bewertung deckt sich mit der Feststellung der Technischen Universität, das Frankreichzentrum sei entgegen den Annahmen des Wissenschaftsrats „kein Regionalinstitut“. Seine Förderung muss also aus anderen Zwecksetzungen gerechtfertigt werden. Die Kommission schließt diese Möglichkeit nicht aus, ist ihr aber nicht nachgegangen; dies lag außerhalb ihres Auftrags.

Auch im Falle des Nordeuropa-Instituts der Humboldt-Universität empfiehlt die Kommission, auf die Einrichtung regionalbezogenen interdisziplinärer Studiengänge bis auf weiteres zu verzichten, obwohl in diesem Falle die Kommission ohne Einschränkung das Urteil der Experten teilt, im Nordeuropa-Institut habe sich eine sehr moderne, kulturwissenschaftlich angereicherte Skandinavistik von internationalem Format entwickelt. Die beeindruckende und auch handfest ertragreiche Vernetzung dieses Instituts mit skandinavischen Einrichtungen von Wissenschaft und Politik gibt der Leitung der Humboldt-Universität zusätzliche Gründe, seine Förderung nachhaltig zu betreiben. Dabei sieht die Kommission allerdings nicht die Voraussetzungen für die Einrichtung regionalbezogener Studiengänge über die bestehenden skandinavistischen Studiengänge hinaus gegenwärtig als gegeben an. Für die Qualifizierung des Nordeuropa-Instituts als Regionalinstitut mangelt es an der Reichweite der Disziplinenbeteiligung und an der Ausbringung und Fundierung eines interdisziplinären Programms (siehe Abschn. III/4, dieser Stellungnahme).

(...)

### 3. Eilbedürftigkeit

Die von den übrigen abweichenden Voten zum Frankreichzentrum der TU und zum Nordeuropa-Institut der HU indizieren nicht die Auffassung der Kommission, in den anderen genannten Ein-

richtungen gäbe es keine Probleme. In den einzelnen Abschnitten des Teils DI dieser Stellungnahme sind neben bestimmten Würdigungen nicht wenige Bedenken formuliert worden, die auch den betroffenen Hochschulleitungen (FU und HU) und der Senatsverwaltung erhebliche Entwicklungsaufgaben stellen.

Dies trifft insbesondere auf das Lateinamerika-Institut und das Osteuropa-Institut der FU zu. Aus Gründen, die in den Abschnitten 2 und 5 von Teil HI dieser Stellungnahme ausführlicher bezeichnet wurden, erscheinen beide Institute nicht in der Lage, aus eigener Kraft ihre gravierenden Leistungsmängel zu beheben. In beiden Fällen sind die Mehrheiten der Hochschullehrerstellen, die den Instituten zugewiesen wurden, entweder unbesetzt oder werden in schneller Folge bald frei. In beiden Fällen nimmt die Kommission einerseits einen gefährlichen Stillstand, andererseits aber auch, abhängig vom zügigen Gelingen anstehender Neurekrutierungen, gute Chancen für eine nachhaltige Belebung regionenbezogener Forschung und Lehre wahr – im übrigen auch einen starken Bedarf an solcher Forschung und Lehre. Die Kommission schlägt der Freien Universität und dem Senat von Berlin die schnelle Einsetzung zweier, den speziellen Berufungskommissionen der Fakultäten vorgeschalteter Programm- und Strukturkommissionen vor, die mit dem Entwurf möglicher Forschungsprogramme auch die Formulierung aller anstehenden Stellenwidmungen leisten sollten, um eine „Paketlösung“ für Berufungen zügig vorzubereiten, an denen sie selber beteiligt werden sollten. In beiden Fällen müsste externen (darunter ausländischen) Experten ein starkes Gewicht in den Kommissionen zukommen. Entscheidend aber wird es sein, dass die Hochschulleitungen (zum Beispiel über einen Vizepräsidenten) in diesen Verfahren selber Regie führen, um die Empfehlungen der Kommission durchsetzen zu können.

## 4. Funktionen und Organisationen

Die besondere Rolle der Hochschulleitungen ergibt sich nicht nur in den genannten, sondern in allen Fällen aus strukturellen Bedingungen, die mit den Besonderheiten von Regionalinstituten per se zusammenhängen. Diese Institute müssen als interdisziplinäre Einrichtungen in stark disziplinenbestimmten Universitäten funktionieren. Es ist auch in den hier untersuchten Fällen erkennbar, dass sich aus dieser Konstellation Spannungen ergeben. Erforderlich ist die Institutionalisierung einer mittleren Distanz zwischen Regionalinstituten und den Fakultäten ihrer Mitglieder. Regionalinstitute dürfen sich einerseits von den Fakultäten und den in diesen organisierten Disziplinen nicht völlig lösen, sollten andererseits diesen gegenüber aber auch ein Ausmaß an Selbständigkeit besitzen, das sie vor ihrer Vereinnahmung schützt. Im Hinblick darauf sind die Hochschulleitungen aufgerufen, eine entsprechende Balancierung der Kräfte zu erreichen und gegebenenfalls nach beiden Seiten hin zu verteidigen. Die Aktivitäten der Fakultät einerseits und des Regionalinstituts andererseits bedürfen einer laufenden Beobachtung durch die Hochschulleitung mit dem Ziel eines Interessenausgleiches und einer optimalen Entwicklung in Forschung und Lehre.

Folgende Vorstellungen der Kommission könnten für konkrete Gestaltungen hilfreich sein:

4.1 Regionalinstitute lassen sich innerhalb ihrer Hochschulen als Interdisziplinäre Zentren einrichten, die – da sie unter anderem mit Aufbau und Pflege spezieller Bibliotheken und Archive einen gewissen Anteil an Daueraufgaben wahrnehmen – langfristig gesichert sein sollten. Als Interdisziplinäre Zentren unterstehen diese Institute keiner Fakultät, sondern sind der Hochschulleitung direkt zuzuordnen. Diese entscheidet über die von dem Interdis-

ziplinären Zentrum benötigten Sach- und Personalmittel im Rahmen von Zielvereinbarungen.

4.2 Auch im Hinblick auf die in den Zielvereinbarungen festgelegten Verpflichtungen sollte die Handlungsfähigkeit des Regionalinstituts durch hinreichende Befugnisse der Institutsleitung, insbesondere im Bereich der Budgetverantwortung und Mittelzuweisung, abgesichert werden. Für die Institutsleitung könnte eine doppelte Legitimierung angestrebt werden. Die Bestimmung eines geschäftsführenden Direktors würde dann einerseits durch Wahl eines dafür zuständig gemachten Elektors erfolgen, andererseits aber auch durch die Hochschulleitung dadurch mitgetragen werden, dass die Kandidatenliste ihrer Zustimmung bedarf.

4.3 Größe, Zusammensetzung und Struktur von Regionalinstituten sind in Abhängigkeit von Art und Ausmaß der Funktionen in Forschung und Lehre, die sie erfüllen, flexibel zu halten. Ihre Funktionen variieren im Hinblick auf Umfang und Komplexität ihrer Forschungsprogramme sowie im Hinblick auf Art und Ausmaß von Studiengängen, die von einem Institut bedient werden. Forschungsprogramme sind – darin Sonderforschungsbereichen oder Forschergruppen der Deutschen Forschungsgemeinschaft vergleichbar – zeitlich zu befristen. Die Bestimmung der Institutsfunktionen ist abhängig von den Ergebnissen regelmäßiger Evaluationen.

4.4 Die Ressourcenausstattung der Regionalinstitute muss, um den jeweils zugewiesenen Funktionen in Forschung und Lehre entsprechen zu können, im Hinblick auf Größe und Qualität flexibel gehalten werden. Das muss sich auch in den Stellenzuweisungen ausdrücken – und zwar sowohl auf der Ebene der Hochschullehrer als auch der wissenschaftlichen Mitarbeiter.

Im Hinblick auf den Hochschullehrerbereich könnte sich als günstig erweisen, nur für einen Teil der Hochschullehrerstellen feste Zuweisungen vorzusehen. Diese sollten den Kerndisziplinen eines Regionalinstituts zugeordnet und zugleich in den entsprechenden Fakultäten ausgewiesen werden. Ihre Forschungskapazität sollte den Instituten voll zur Verfügung stehen, während ein Teil ihres Lehrdeputats, allerdings nicht mehr als die Hälfte, auch den Fakultäten zugute kommen sollte, entsprechende Prüfungsverpflichtungen eingeschlossen.

Über diesen Stellenkern hinaus könnten bei den großen Instituten (Kennedy-, Lateinamerika-, Osteuropa-Institut, nach weiterer Entwicklung unter Umständen auch das Nordeuropa-Institut) zwei bis drei Stellen pro Institut, bei kleineren Instituten (z.B. dem Großbritannien-Zentrum) ein bis zwei Stellen pro Institut in einem zentralen Pool, der bei der Hochschulleitung anzusiedeln wäre, verwaltet werden. Die Zahl und die Widmung der Stellen, die einem Institut zugewiesen werden, muss in Abhängigkeit von Forschungs- und Lehrprogrammen und unter Berücksichtigung der Ergebnisse von Evaluationen bestimmt werden. In diesem Stellenbereich ließen sich auch Befristungen sowohl von Stellenzuweisungen als auch von Dienstverhältnissen von Hochschullehrern durchsetzen. In welchem Maße in diesen Fällen Lehrdeputate bestimmten Fakultäten zur Verfügung gestellt werden, bliebe im Einzelfall festzulegen.

Ungeachtet dieser Regelungen sollte eine noch genauer zu definierende assoziierte Mitgliedschaft weiterer Hochschullehrer der eigenen oder auch einer anderen Universität in den Fällen, die eine fruchtbare Zusammenarbeit erwarten lassen, nicht nur möglich, sondern im Prinzip auch wünschenswert sein. Die Hochschulleitung könnte in dem für Regionalinstitute gebildeten Pool in begrenztem Umfang auch Mittel vorhalten, die als Anreiz für solche Assoziierungen gegebenenfalls einsetzbar sind.

4.5 Wissenschaftliche Mitarbeiterstellen sind als Forschungsstellen auf Zeit zum Teil im Regionalinstitut auszuweisen, zum Teil aber auch in einem zentralen Pool vorzuhalten (vgl. Abschn. 4.4). Sie werden ergänzt durch Stellen bzw. Mittel für Gastprofessuren auf Zeit, insbesondere für Wissenschaftler aus dem Ausland. Dem Regionalinstitut werden einige Stellen für wissenschaftliche und nicht-wissenschaftliche Mitarbeiter für Daueraufgaben (wissenschaftliches Sekretariat, Dokumentation, Bibliotheksverwaltung) zugewiesen. Für Forschungsaufgaben und für Maßnahmen der Fort- und Weiterbildung sowie für sonstige Dienstleistungen (zum Beispiel in begrenztem Umfang Beratung von Politik, Wirtschaft und gesellschaftlichen Organisationen) erhält das Regionalinstitut einen angemessenen Sachmittelpool und eine eigene Raumausstattung. Es wird erwartet, dass das Regionalinstitut erhebliche Drittmittel für Forschung, aber auch für Weiterbildungsmaßnahmen und Dienstleistungen einwirbt. Ein Anreizsystem über „Leistungsprämien“ für das Regionalinstitut könnte die Drittmittelwerbung unterstützen.

4.6 Berufungsverfahren bei Hochschullehrerstellen erfolgen in Abstimmung der Fakultät und des Regionalinstituts mit der Hochschulleitung innerhalb der Fakultät. Es ist darauf hinzuwirken, dass die Berufungskommission nicht nur durch Mitglieder der Fakultät, sondern anteilig auch durch Mitglieder des Regionalinstituts und auswärtige Experten besetzt wird. Der Hochschulleitung und der zentralen Ebene kommen sowohl bei Ausschreibungen wie auch bei Berufungs- und Besetzungsverfahren eine besondere Bedeutung zu. Die Hochschulleitung muss mit Blick auf die Gesamtprofilbildung der Universität den Fakultäten klare Vorgaben machen. Insbesondere sind durch die Hochschulleitung (bzw. das Kuratorium) diejenigen Professuren (auch in ihrer besonderen Bezeichnung, z.B. Englische Literaturwissenschaft mit Schwerpunkt Nordamerikastudien oder Neue Geschichte mit Schwerpunkt Lateinamerika) zu benennen, von denen eine Mitarbeit in den Regionalinstituten erwartet wird. Es wird empfohlen, dass Berufungskommissionen durch einen Vizepräsidenten geleitet werden.

4.7 Grundständige Studiengänge sollten ausschließlich von den Fakultäten verantwortet werden. Zugleich sollen diese gehalten sein, unter Beteiligung der in den Regionalinstituten forschenden Hochschullehrer interdisziplinäre Studiengänge (auch als B.A.-Studiengänge) einzurichten und deren Durchführung den Regionalinstituten zu übertragen. Daneben sollen durch die Regionalinstitute auch Module für das Hauptstudium von bereits bestehenden Magister- und Diplomstudiengängen entwickelt und eingebracht werden. Zusätzliche Magister- und Master-Studiengänge, Aufbaustudiengänge, Weiterbildungsstudiengänge/-kurse und Doktorandenprogramme sollten durch die Regionalinstitute angeboten werden; das Promotionsrecht müsste aber den Fakultäten reserviert bleiben.

## 5. Interuniversitäre Kooperationen

Die Hochschulleitungen sind zuallererst für das inneruniversitäre Management von Interdisziplinarität verantwortlich. Sie sind aber darüber hinaus auch gefordert, wenn es darum geht, interuniversitäre Kooperationen zugunsten ihrer Regionalinstitute anzubahnen und zu institutionalisieren, wenn Kooperationsgewinne wahrscheinlich sind. Dies liegt im Falle der Berliner Hochschulen (hier insbesondere der Freien und der Humboldt-Universität) angesichts ihres gemeinsamen Standortes nahe, vor allem in den Fällen, in denen regionalbezogene Kompetenzen, an denen eine Hochschule Bedarf hat, in der anderen Hochschule am Ort gut vertreten sind. Das ist nicht nur, aber im besonderen

Maße bei dem Osteuropa-Institut der Freien Universität deshalb der Fall, weil die einschlägigen Philologien und auch sonstige Osteuropa-Expertise an der Humboldt-Universität in hoher Qualität vorhanden sind. Es ist in einem solchen Falle geboten, hochschulübergreifende Kooperationsstrukturen für die Einrichtung gemeinsamer Forschungs- und Lehreinheiten zu schaffen. Das Regionalinstitut bleibt Teil einer Universität, aber es sollten von den Hochschulleitungen vertragliche Regelungen zum Beispiel für eine gemeinsame Strukturkommission, für die Beteiligung an Berufungskommissionen, für die Anerkennung von Prüfungsleistungen und für die Verrechnung von Kapazitätstransfers getroffen werden.

Die Kommission findet es unverständlich, dass in den beteiligten Universitäten die Bereitschaft zu solchen Kooperationen offensichtlich wenig ausgeprägt ist. Sie verkennt nicht, dass Universitäten das Bedürfnis entwickeln, mit eigenen Profilbildungen – und Regionalinstitute eignen sich vorzüglich dazu – miteinander zu konkurrieren; die Wissenschaftspolitik hat genau dies mit Recht zunehmend gefordert. Im vorliegenden Falle ist auch nicht zu übersehen, dass die Konkurrenzverhältnisse zwischen den Berliner Universitäten bei vorhandener Standortnähe und unter den Bedingungen extremer Finanzschwierigkeiten besonders ausgeprägt sind. Die Kommission findet es dennoch nicht akzeptabel, dass die Beziehungen zwischen den Universitäten zumindest in den Bereichen, die die regionenbezogenen Engagements von Freier Universität und Humboldt-Universität betreffen, nicht frei von kleinlichen Revierabgrenzungen und eifersüchtigen Abwehrhaltungen sind. Die Kommission fordert die Hochschulleitungen im Hinblick auf die Etablierung interdisziplinär arbeitender Regionalstudien auf, sich für Kooperationen stärker zu öffnen und dabei auch Möglichkeiten für die Entwicklung interuniversitärer Zentren ernsthaft zu prüfen. Sie bittet die Senatsverwaltung, sowohl im Rahmen ihrer Möglichkeiten nach allen Seiten entsprechenden Druck auszuüben als auch durch entsprechende Gestaltung der Hochschulfinanzierung Mittel bereitzustellen, mit denen Kooperationsanreize gegeben werden können. Kooperationen sollten prämiert werden.

Reibungsloser, so ist anzunehmen, werden die Absprachen zwischen der Freien Universität und der Stiftung Preußischer Kulturbesitz zu Stande kommen, um überfällige Kooperationen zwischen dem Lateinamerika-Institut und dem Ibero-Amerikanischen Institut in Gang zu bringen; Einzelheiten dazu sind im Abschnitt II/2. dieser Stellungnahme behandelt worden.

## 6. Evaluationen und Beiräte

Wie sich die inner- und interuniversitären Regelungen, die in den bisherigen Abschnitten angesprochen wurden, jeweils bewähren, ob Ressourcenausstattungen und Stellenbesetzungen legitimeren Ansprüchen genügen, ob und wie lange bestimmte, in der Regel auf 10 bis 15 Jahre zu befristete Forschungsprogramme tragfähig sind und gegebenenfalls verlängert werden sollten, ob und in welchem Maße sich Lehreinheiten als sinnvoll und Studiengänge als erfolgreich erweisen – dies und anderes sollte für den Bereich der Regionalinstitute regelmäßig von externen Gremien evaluiert werden. Die Hochschulleitungen sollten externe Evaluationen in Abständen von etwa fünf Jahren veranlassen, deren Ergebnisse ernst nehmen und Folgerungen gegebenenfalls auch gegen jene Widerstände durchsetzen, die sich aus allfälligen Besitzstandsinteressen ergeben.

Die Einrichtung eines Beirats aus Experten der Wissenschaft und von Repräsentanten aus Kultur, Wirtschaft und Politik könnte

dauerhaft zur strategischen Beratung eines Regionalinstituts im Hinblick auf Forschung, Lehre sowie bestimmte Dienstleistungen eingerichtet werden und in der Kooperation mit Vertretern aus der Region nützliche Unterstützungen leisten. Abschließend: Die Kommission verkennt nicht, dass die Gesamtheit an Vorkehrungen, die sie den betroffenen Einrichtungen, den Hochschulleitungen und dem Senat von Berlin vorschlägt, um Regionalinstitute auszubauen und zu qualifizieren, erhebliche Anstrengungen erfordert. Sie ist aber auch überzeugt davon, dass sich diese, wenn nachhaltig verfolgt, lohnen werden. Regionalinstitute können zur notwendigen Internationalisierung der Universitäten auf besondere Weise beitragen. Sie bieten mit ihrem Gegenstandsbereich und dem darauf bezogenen Forschungsprogramm einer Reihe von Disziplinen einen ausbaufähigen Anlass, um stärker zusammenzuarbeiten und dabei einen Erkenntnisgewinn zu erzeugen, der sich auch in die Lehre umsetzen lässt und den Studierenden im Hinblick auf einen wachsenden Anteil ihrer künftigen Berufe zugute kommen kann. Sie können offene Foren für den sozialen und geistigen Austausch mit anderen Ländern und ihren Eigenarten sein und auf diese Weise zur Öffnung der kulturellen Horizonte aller Beteiligten, einschließlich ihres gesellschaftlichen Umfeldes, beitragen. Die Chancen, mit Regionalinstituten all dies zu erreichen, sind in der Hauptstadt Berlin nach Überzeugung der Kommission in einem außerordentlichen Maße vorhanden.

## TEIL 4: Beschluss-Nr. 582/3700/02 auf Grund der Vorlage Nr. 3700/02 zur Beschlussfassung in der 582. Sitzung des Akademischen Senats der Freien Universität Berlin am 6.2.2002 (Auszug)

(...)

### III. Beschlussentwurf

Der Akademische Senat nimmt die Empfehlungen der Struktur- und Programmkommission sowie die Stellungnahme des Präsidiums hierzu zustimmend zur Kenntnis (Anlage 1) (...).

### IV. Begründung

Der Akademische Senat hatte in seiner 576. Sitzung beschlossen, zur Sicherung der Zentralinstitute der Freien Universität auf hohem wissenschaftliche Niveau eine Struktur- und Programmkommission zu berufen, die auf Basis des AS-Beschlusses 576/3670/01 (Empfehlungen einer Expertenkommission zu den Regionalinstituten der Berliner Universitäten) und des AS-Beschlusses 549/3543/99 (Ausstattung der Zentralinstitute) sowie des Strukturplanes für die drei Zentralinstitute Empfehlungen zur mittelfristigen Forschungsprogrammatisierung, zu den davon abzuleitenden Denominationen der Professuren der Zentralinstitute, zur Lehre an den Zentralinstituten, zu ihrer Personalstruktur und Organisationsform abgeben sollte. Die Struktur- und Programmkommission hat in ihren Sitzungen am 24.10. und am 3.12.01 die erbetenden Empfehlungen erarbeitet (vgl. Anlage 1) und das Präsidium hat hierzu Stellung genommen (vgl. Anlage 2). Nach Zustimmung zu den Empfehlungen der Struktur- und Programmkommission kann die gemeinsame Berufungskommission ihre Arbeit aufnehmen, um so die insbesondere für das OEI benötigten Berufungen unverzüglich einzuleiten.

(...)

### **Anlage 1: Empfehlungen der Struktur- und Programmkommission für die Zentralinstitute JFK, LAI, OEI**

Die Struktur- und Programmkommission (SPK) für die drei Zentralinstitute (ZI) an der FU-Berlin ist im Rahmen ihrer zweimaligen Sitzungen (vgl. die Protokolle Anl. 2) zu folgenden Ergebnissen gekommen:

#### **I. Grundsätzliches**

##### **1. Forschungsprogramm**

Trotz kritischer Einwände (vor allem seitens des LAI) kommt die SPK überein, dass der Entwurf einer mittelfristig angelegten Forschungsprogramm Grundlageder Empfehlungen zur Denomination der Professuren sein müsse.

##### **2. Lehre an den Zentralinstituten**

Die SPK hält an der Empfehlung der „Neidhardt-Kommission“ fest, dass die grundständige Ausbildung grundsätzlich disziplinär erfolgen solle, in Einzelfällen jedoch eine B.A.-Ausbildung auch an Zentralinstituten durchgeführt werden könne, wenn die beteiligten Fachbereiche das ZI dazu autorisieren.

##### **3. Organisationsform der Zentralinstitute**

Abweichend von den Empfehlungen der „Neidhardt-Kommission“ votieren die Mitglieder der SPK dafür, zumindest mittelfristig die bisherige Organisationsform der Zentralinstitute beizubehalten.

##### **4. Personalstruktur (Poolbildung)**

Statt der von der „Neidhardt-Kommission“ vorgeschlagenen Poolbildung wird die Befristung von Professuren als das angemessenere Instrument der Flexibilisierung der Personalstruktur empfohlen.

##### **5. Dachkommission**

Bezüglich der anstehenden Berufungen an die Zentralinstitute votieren die Mitglieder der SPK mit Nachdruck dafür, eine Dachkommission mit Entscheidungsbefugnis zu bilden.

#### **II. Einzelempfehlungen**

(...)

##### **OEI**

Das OEI hat als Schwerpunkte seiner Forschungstätigkeit bis 2005 drei Schwerpunkte vorgeschlagen. Die SPK empfiehlt den ersten vom OEI vorgeschlagenen Schwerpunkt, nämlich „Gewaltförmigkeit von Konflikten und Modi der Konfliktaustragung und -regulierung. Probleme von Stabilitätstransfers“ zentral zu verfolgen und die Schwerpunkte „Neue Formen und Ebenen von Steuerung“ und „Stereotypen und Bilder: Unsere Wahrnehmungen Osteuropas – die Wahrnehmungen Deutschlands in Osteuropa. Erinnerungskulturen“ hierin zu integrieren. Die Professuren für Wirtschaftswissenschaft und Rechtswissenschaft sollen in diesem Programm eingebunden werden. Die SPK empfiehlt nachdrücklich, die Forschungsaktivitäten auf die Länder der ehemaligen Sowjetunion zu beschränken, in der Lehre sollte auch die Balkanregion sowie ggf. andere Regionen einbezogen werden können.

Bezüglich der Denominationen der Professuren spricht die SPK die folgenden Empfehlungen aus: Für die Professur Rechtswissenschaft wird der Fachbereich gebeten, die Möglichkeit einer Ausschreibung nach C3 und die Modifikation der geplanten

Denominationen ernstlich zu prüfen. Die Professur für Volkswirtschaft soll nach C4 erfolgen, für die Professur Slawische Literaturen und AVL werden der FB und das OEI gebeten, die Ergänzung der bestehenden Denomination um den Schwerpunkt Kulturwissenschaften bzw. Medienwissenschaften zu prüfen.

#### **Anlage 2: Stellungnahme des Präsidiums**

##### **Grundständige Studiengänge an den Zentralinstituten**

Das Präsidium teilt die Auffassung der „Struktur- und Programmkommission“ (SPK) und der „Neidhardt-Kommission“, dass grundständige Studiengänge grundsätzlich nicht an Zentralinstituten angeboten werden sollen. Nur dann, wenn die beteiligten Fachbereiche die Durchführung des Studiengangs an das Zentralinstitut delegieren und der jeweilige disziplinäre Anteil zweifelsfrei erkennbar und es kein rein philologischer Studiengang ist, kann eine Ausnahme von diesem Grundsatz erwogen werden. (...)

##### **Professuren**

(...)

Das Präsidium folgt der Empfehlung von Prof. Neidhardt, die Liste für die OEI-Soziologie-Professur weiterzuleiten, da die Platzierten der empfohlenen Forschungsprogramm entsprechen. Die Prüfung der Stellenwertigkeit und der Denomination der Jura-Professur am OEI, die zu dem Ergebnis kommt, dass nur eine Ausschreibung nach C4 erfolgreich sein könnte und dass die bisherige Denomination im wesentlichen beibehalten werden solle, d.h. „Zivilrecht, Recht der osteuropäischen Staaten, Rechtsvergleichung“, wird in ihrem Ergebnis vom Präsidium akzeptiert. (...)

##### **Einrichtung eines Beirates**

Da die Zentralinstitute bislang eine gewisse Tendenz der Verselbstständigung und der nicht immer geglückten Kooperation untereinander, mit den Herkunftsdisziplinen und anderen Forschungseinrichtungen aufweisen, folgt das Präsidium der Empfehlung der „Neidhardt-Kommission“, einen Beirat einzurichten, der die Entwicklung der Zentralinstitute begleitet und evaluiert. Dieser Beirat soll entsprechen den allgemeinen Empfehlungen der „Neidhardt-Kommission“ zusammengesetzt sein.

<sup>1</sup> Außerdem sind das Nordeuropa-Institut an der Humboldt-Universität (1994) und das Frankreich-Zentrum an der Technischen Universität (1998) zu nennen.

<sup>2</sup> In den Antworten der Berliner Universitäten vom Juni 1999 auf Fragen des Wissenschaftsrates heißt es: „Das ‚Interesse an ‚Regionalwissenschaft‘ hat erkennbar abgenommen, seit das Ost-West-Denken an Vordringlichkeit verloren und das Nord-Süd-Denken und in seinem Gefolge die Kulturalismus-Debatte das Podium der wissenschaftspolitischen Diskussionen zu beherrschen begonnen hat. Vertreter von area studies sehen sich gefordert, in verstärktem Maß die Rückkoppelung zu ‚systematischen‘ Fächern zu suchen, um den Anschluss in der Theoriediskussion nicht zu versäumen bzw. überhaupt erst zu finden und umgekehrt ihren eigenen Beitrag zu eben dieser zu leisten.“ (S. 191)

<sup>3</sup> Vgl. Landeshochschulstrukturkommission Berlin: Stellungnahmen und Empfehlungen zur Struktur und Entwicklung der Berliner Hochschulen, 1992, S. 118.